

## Mündliche Anfragen

zur 38. Fragestunde

in der 135. Plenarsitzung vom 13. November 2025

1. Anfrage des Abg.  
Nikolai Reith FDP/DVP

Eingang: 13.10.2025

### **Förderprogramm „OrtsNahePflege BW: Modellvorhaben für lokale Pflegestrukturen gemäß § 123 SGB XI“**

- a) Inwiefern hat das neue Sozialplanungsprojekt „Monitoring Kommunale Pflegeplanung Baden-Württemberg Analysen zur Pflegeinfrastruktur“, welches, Stand jetzt, für vier ausgewählte Stadt- und Landkreise geplant ist, Auswirkungen auf bereits bestehende Bewerbungen im Rahmen des Förderprogramms „OrtsNahePflege BW“?
- b) Nach welchen Kriterien werden die vier Stadt- und Landkreise für das neue Sozialplanungsprojekt ausgewählt?

2. Anfrage der Abg.  
Katrin Steinhülb-Joos SPD

Eingang: 24.10.2025

### **Entfristung der Verträge von befristet angestellten Lehrkräften in Baden-Württemberg**

- a) Wie viele befristet angestellte Lehrkräfte sind seit mehr als fünf, sechs, acht oder zehn Jahren im Schuldienst von Baden-Württemberg angestellt?
- b) Aus welchen Gründen werden die Verträge dieser befristet angestellten Lehrkräfte nicht entfristet, beispielsweise im Zuge der Besetzung der 1 440 nun neu zu besetzenden Lehrkräftestellen?

3. Anfrage der Abg.  
Gabriele Rolland SPD

Eingang: 24.10.2025

### **Herausforderungen durch die Verbreitung des Bibers für die Verkehrsinfrastruktur**

- a) Wie hat sich die Biberpopulation in der Rheinebene im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald in den letzten zehn Jahren verändert?
- b) Welche besonderen Herausforderungen sieht die Landesregierung dort durch die Verbreitung des Bibers für die Verkehrsinfrastruktur, insbesondere für Bahnstrecken wie die Breisgau-S-Bahn?

4. Anfrage des Abg.  
Dr. Christian Jung FDP/DVP  
Eingang: 27.10.2025
- Polizeiposten in Sulzfeld im Landkreis Karlsruhe**
- a) Beabsichtigt die Landesregierung, dass die Öffnungszeiten des Polizeipostens in Sulzfeld verbessert und dort mehr Polizisten eingesetzt werden?
  - b) Gibt es innerhalb des Polizeipräsidiums Karlsruhe ein Personalproblem, sodass auf allen Ebenen, also vom Präsidium bis zu den Polizeirevieren mit den Polizeiposten – z. B. im Polizeirevier Bretten beim Polizeiposten in Sulzfeld –, Polizeibeamte fehlen?
5. Anfrage des Abg.  
Daniel Karrais FDP/DVP  
Eingang: 6.11.2025
- Bau des Mutschler-Kreisels in Oberndorf im Zuge der Neugestaltung des Talplatzes**
- a) Wie erklärt die Landesregierung die erhebliche Kostensteigerung der Baumaßnahme „Kreisverkehr Mutschler-Kreisel Oberndorf“ von ursprünglich 2,1 Millionen € auf nunmehr 9 Millionen €, obwohl die Planungsgrundlagen und der Umfang des Projekts im Wesentlichen unverändert geblieben sind?
  - b) Wie plant sie, sicherzustellen, dass die bereits vom Land geförderte städtebauliche Maßnahme „Gestaltungsoffensive Talstadt“ der Stadt Oberndorf – insbesondere die Neugestaltung des Talplatzes – nicht durch die Verzögerung der Baumaßnahme bzw. Nichtumsetzung des Kreisverkehrs konterkariert wird?
6. Anfrage der Abg.  
Gabriele Rolland SPD  
Eingang: 7.11.2025
- Änderung der Kriterien für Härtefälle und für andere Gründe zur Befreiung von den Studiengebühren für internationale Studierende**
- a) Ist es zutreffend, dass die Kriterien für Härtefälle nach § 7 des Landeshochschulgebührengesetzes sowie für andere Gründe zur Befreiung von den Studiengebühren nach § 6 des Landeshochschulgebührengesetzes für internationale Studierende durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu Beginn des Wintersemesters 2025/2026 geändert wurden?
  - b) Betrifft die etwaige Änderung auch die Kriterien zu Gebührenermäßigungen nach § 6 des Landeshochschulgebührengesetzes?
7. Anfrage des Abg.  
Dr. Erik Schweickert FDP/DVP  
Eingang: 10.11.2025
- Digitale Passbilder: Einhaltung des § 102 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg und des § 3 des Gesetzes zur Mittelstandsförderung Baden-Württemberg**
- a) Wie bewertet die Landesregierung die Umsetzung der Anwendung des PointID-Systems zur digitalen Passbildaufnahme in Rathäusern und Bürgerbüros im Lichte von § 102 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg und von § 3 des Gesetzes zur Mittelstandsförderung?
  - b) Wie steht sie vor diesem Hintergrund zu der Entscheidung des Bundesinnenministeriums aus dem Frühjahr 2025, die Einnahmen aus der Lichtbildgebühr in Höhe von 6 € bei den Kommunen zu belassen, die bisher zur Finanzierung des PointID-Systems der Bundesdruckerei gedacht war?